

DIE LINKE. Offene Liste

Vertreten in der Stadtverordnetenversammlung und dem Kreistag Fulda

Mail: dielinkeoffeneliste@fulda-vogelsberg.de

Internet: <http://www.linkeoffeneliste.fulda-vogelsberg.de>

Tel.: 0661 / 9015216

Die Linke.Offene Liste unterstützt die Gewerkschaften in ihren Bemühungen gegen Sozialabbau und Lohndumping.

1. Mai



Veranstaltung des DGB

Wir wehren uns:

Demonstration in Fulda, am 1. Mai, ab 10.00 Uhr, Paulustor.

Ein Leben in Würde ist für viele Menschen keine Selbstverständlichkeit mehr. Millionen von Menschen sind dauerhaft arbeitslos. Weitere Millionen arbeiten Vollzeit zu Armutslöhnen. Dazu kommt die zunehmende Angst vor Arbeitslosigkeit und das drohende Abrutschen in Hartz IV.

Die angekündigte weitere Verschlechterung des Kündigungsschutzes verschärft diese Situation noch. Auf der anderen Seite explodieren die Firmengewinne und Managergehälter.

Selbst profitable Unternehmen entlassen Tausende von Beschäftigten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sagt: So geht es nicht weiter! Wir treten ein für existenzsichernde Einkommen durch Tarifvertrag und Mindestlöhne, für eine gerechte Teilhabe der Beschäftigten am Wohlstand. Wir halten dagegen, am 1. Mai und an jedem anderen Tag: "Deine Würde ist unser Maß!"

Wahl: Zwei Mandate in Stadt und Kreis

Die erstmals angetretene Linke.Offene Liste schaffte auf Anhieb den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung und in den Kreistag Fulda. Mit 2,6 (Stadt) bzw 1,6 % (Kreis) erreichte sie jeweils sicher einen und verpasste knapp den angestrebten zweiten Sitz. Dass die landläufige Meinung "auf eine Stimme komme es nicht an", falsch ist, zeigt sich hier: In der Stadt wie auch im Kreis fehlten nur wenige Stimmen (0,1% bzw. 0,2%), damit die Kandidaten jeweils im Zweierteam die Arbeit aufnehmen können.



Der Stadtverordnete der Linke.Offene Liste Günter Maul im Gespräch mit Oskar Lafontaine auf dem Fuldaer Universitätsplatz

Mit Günter Maul in der Stadt und Lukas Larbig im Kreistag hat die Linke.Offene Liste nun jeweils eine Stimme für eine soziale Kommune in den beiden Parlamenten. Sie werden mit Unterstützung der weiteren Kandidaten die Mandate konsequent für mehr Bürgerbeteiligung, für eine sicherere und für die Eltern kostenfreie Beförderung unserer Schüler, gegen 1,- Euro Jobs in den Kommunen sowie gegen die weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen eintreten.

Hessenweit schafften die Linke Offenen Listen den Einzug in alle Kreistage. In den beiden größten

Städten Hessens, Frankfurt und Kassel, erreichten die Listen jeweils über 6%, in Marburg über 5%. Damit wurde landesweit eine gute Basis für eine andere Politik gelegt.

Für eine Politik mit den Bürgern wird die Linke.Offene Liste in Stadt und Kreis Fulda nun engagiert eintreten. Hierzu gehört die aktive Einbeziehung der Bürger in alle Entscheidungen in den Parlamenten. Mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen und der Internetpräsenz



*Kreistagsabgeordneter
Lukas Larbig*

www.linkeoffeneliste.fulda-vogelsberg.de

werden wir zu allen wichtigen Themen das Votum der Bürger auch während der Wahlperiode einholen. Die Linke.Offene Liste wird auf die Folgen der derzeitigen kommunalpolitischen Entscheidungen für die hier lebenden Menschen aufmerksam und Entscheidungswege offen und durchsichtig machen, Alternativen benennen hin zu einer sozialen, demokratischen und ökologischen Welt.

Treff Linke.Offene Liste:

Immer

mittwochs 19.30 "Grüne Au",

Fulda, Am Abtstor

Telekom in Fulda: 150 Arbeitsplätze sollen weg!

Die Beschäftigten bei der Deutschen Telekom in Fulda sind bestürzt über die Mitteilung des Telekomvorstandes, in den kommenden 2 Jahren sich von weiteren 32.000 Beschäftigten zu trennen.

Bei der Deutschen Telekom in Fulda sind zur Zeit ca. 800 Mitarbeiter beschäftigt, davon 170 Auszubildende.

Während an die Aktionäre 2,6 Milliarden Euro Dividende ausgezahlt wurden, hat man im Rahmen des Beschäftigungsbündnisses den Beschäftigten 300 Millionen Euro weniger Lohn gezahlt. Für 2006 ist eine noch höhere Rendite für

die Aktionäre geplant. Auf der Aktionärsversammlung am 03.05.2006 wird vom Vorstand eine Erhöhung der Dividende um 16%, auf 3,1 Milliarden Euro vorgeschlagen.

Im Bundestag äußerte die linke Opposition heftige Kritik an dem Jobabbau. Die Linkspartei warf dem Unternehmen vor, bei den Call-Center-Schließungen seien vor allem strukturschwache Regionen und Frauen betroffen. «Beschäftigte kämpfen verzweifelt um ihre Existenz», sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Pau. Der an der Telekom beteiligte Bund müsse seine Privatisierungsstrategie überdenken.



Der "Skandalmönch"



Telekom, Adecco, Dura, und was noch?

Nachdem schon in der Vergangenheit massenweise Arbeitsplätze in der Region abgebaut wurden, scheint sich dieser Trend ungebremst fortzusetzen.

Als die Adecco-Deutschlandzentrale der Stadt den Abriss eines denkmalgeschützten Bauwerks mit der Aussicht auf neue und langfristig sichere Arbeitsplätze abrungen hatte, kam prompt die Ankündigung des „Aus“ für den Standort Fulda. Genau auf dieselbe Art und Weise agiert seit Jahren die Wirth Gruppe. Nach immer gleichem Muster werden die Belegschaften durch Lohn-, Urlaub- und Weihnachtsgeldverzicht zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes gedrängt, nur um nach dem Verzicht mit neuen Forderungen und Entlassungen konfrontiert zu werden. Warum wohl hat man sich mit der Ankündigung von Entlassungen im großen Stil Zeit gelassen, bis die Betriebsratswahlen vorbei waren? Ein Schelm, der Absicht oder Kalkül dahinter vermutet!

Merke:

Verzicht provoziert nur neue Forderungen!

Gegenwehr aber eröffnet neue Perspektiven!

Hartz IV

Marko, Schreiner, 24 Jahre, Petersberg: Sehr geehrter Herr Fallmanager, darf ich eine eigene kleine Wohnung haben?

Am 7.2. legte die Bundesregierung erstmals ein Änderungsgesetz zum SGB II (Hartz IV) vor, am 13.2. war die Expertenanhörung, am 14.2. wurde die erneuerte und verschärfte Fassung vorgelegt und am 17.2. das Gesetz durch den Bundestag gebracht. Was hier so im Schweinsgalopp durchgedrückt wurde, hat existenzielle Folgen für viele ALG-II-Empfänger.



Ab 1.4.2006 dürfen 18- bis 25jährige nur noch unter erschwerten Bedingungen eine eigene Wohnung anmieten. Wenn sie daraufhin bei ihren Eltern wohnen bleiben (müssen), zählen sie zu deren Bedarfsgemeinschaft und ihr Regelsatz wird reduziert – nämlich auf nur noch 276 von bisher 345 Euro. Also steht z.B. einer 24 Jahre alten Frau genau so viel zu wie einem 15 Jahre alten Jugendlichen. Das liegt nebenbei bemerkt deutlich unter der ehemaligen Sozialhilfe, die zusammen mit den sog.

Einmaligen Beihilfen durchschnittlich 319 Euro betrug. Junge Erwachsene, deren Eltern über mehr als ALG II verfügen, werden ihnen also komplett auf der Tasche liegen; sie haben keine Möglichkeit der selbstbestimmten Entscheidung über den Wohnort – ihre Lebensplanung wird in Fulda vom Amt für Arbeit und Soziales maßgeblich bestimmt. In Fulda werden, so ist zu hören, die Fallmanager entscheiden, ob jemand wegen schwerwiegender Gründe eine eigene Wohnung nehmen kann. rund 600 Millionen Euro pro Jahr. 26 Milliarden Euro wurden 2005 für Hartz IV ausgegeben, geplant waren 14,6 Milliarden Euro. Insgesamt will die Bundesregierung bei den Ärmsten, also den Empfängern von Hartz IV, 3,8 Milliarden sparen. Den größten Batzen macht dabei die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge aus, der von monatlich 78 auf 40 Euro gesenkt wird! Hier wird eine unglaubliche Dreistigkeit gegen die Betroffenen begangen: bei der Einführung von Hartz IV war eine Absicherung in der Rentenversicherung versprochen worden, damit – im Gegensatz zur ehemaligen Sozialhilfe – im Alter Fürsorgeleistungen verhindert werden. Und schon wird bei erster Gelegenheit genau dieser Bereich durch eine nahezu 50%ige Kürzung fast zerschlagen. Altersarmut wird programmiert und im Nebeneffekt die Rentenkasse weiter geschmälert.

